

Brüssel, den 30. Oktober 2024
(OR. en)

Interinstitutionelle Dossiers:
2024/0178(NLE)
2024/0177(NLE)

14478/24
ADD 1

RECH 454
MED 44
AGRI 736
MIGR 381
RELEX 1265
RHJ 10

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Komm.dok.:	12476/24 + ADD 1 12478/24 + ADD 1
Betr.:	<p>BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung – im Namen der Union – des Abkommens in Form eines Briefwechsels zur Änderung und Ergänzung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen der Beteiligung des Haschemitischen Königreichs Jordanien an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA)</p> <p>– Annahme</p> <p>BESCHLUSS DES RATES über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels zur Änderung und Ergänzung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen der Beteiligung des Haschemitischen Königreichs Jordanien an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA)</p> <p>– Ersuchen des Rates um Zustimmung des Europäischen Parlaments = Erklärung der Kommission</p>

Die Delegationen erhalten in der Anlage eine Erklärung der Kommission.

Erklärung der Kommission zum

**BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union –
des Abkommens in Form eines Briefwechsels zur Änderung und Ergänzung des Abkommens
zwischen der Europäischen Union und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über
wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zur Festlegung der Modalitäten und
Bedingungen der Beteiligung des Haschemitischen Königreichs Jordanien an der
Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA)**

Nach Auffassung der Kommission hat der Gerichtshof in seinem Urteil vom 9. April 2024 in der Rechtssache C-551/21 festgestellt, dass die Wahrnehmung der Unterzeichnung internationaler Übereinkünfte, die nicht in den Bereich der GASP fallen, nach den Verträgen allein das Recht der Kommission ist. Somit hat der Rat keine Bestimmungen über die Unterzeichnung internationaler Übereinkünfte außerhalb des Bereichs der GASP durch die Kommission zu erlassen.
